

Die mörderische Gewalt der »Generation Terror« und die Verdrängung ihrer Opfer aus dem kollektiven Gedächtnis

Eine Spurensuche und Würdigung antirassistischer und antifaschistischer Gedenkinitiativen

Heike Kleffner

Mehr als 180 Menschen starben seit 1990 bei rassistisch, antisemitisch und rechts motivierten Gewalttaten.¹ Doch die Forderungen nach Gerechtigkeit, Erinnerung, Aufklärung und Konsequenzen sind in zahlreichen Fällen aus der ersten Welle der rassistischen Mobilisierungen nach der Wiedervereinigung noch immer nicht erfüllt.

Der lange Kampf um die staatliche Anerkennung als Todesopfer rechter Gewalt und ein würdiges öffentliches Gedenken an den 48-jährigen schwulen Busfahrer Klaus-Peter Beer aus Amberg (Bayern), den 17-jährigen Malerlehrling und Punk Patrick Thürmer aus Oberlungwitz (Sachsen) und den 31-jährigen Asylsuchenden Samuel Kofi Yeboah aus Saarlouis (Saarland) stehen stellvertretend für viele vergessene Todesopfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt durch Täter*innen der »Generation Terror« (vgl. Kleffner 2015). Eine Spurensuche nach den Täter*innen führt mitten ins bundesweite Unterstützer*innen-Netzwerk des »Nationalsozialistischen Untergrunds«, in das Verfassungsschutz-System des *Quellenschutzes vor Strafverfolgung*, in weit verbreitete Abwertungs- und Ausgrenzungsdiskurse, in Kontinuitäten staatlicher Aufklärungsblockaden und Verharmlosung der tödlichen Dimension

1 Vgl. »Todesopfer rechter Gewalt: 187 Schicksale«, eine Langzeitrecherche von Tagespiegel und ZEIT Online seit September 2000 unter <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-09/todesopfer-rechte-gewalt-karte-portraet> sowie: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-09/rechtsxtremismus-todesopfer-gewalt-verdacht> [08.05.2021].

rechter Gewalt. Gleichzeitig offenbart diese Spurensuche den langen Atem und Mut der Hinterbliebenen, Freund*innen und antifaschistischer Initiativen, gegen viele Widerstände über Jahrzehnte hinweg beharrlich für Aufklärung und ein würdiges Gedenken zu kämpfen.

Tatmotiv: Hass auf Linke und politische Gegner*innen

16 Jahre hatte sich die Gemeinde Hohenstein-Ernstthal und deren Oberbürgermeister Erich Homilius gegen die rost-braune Granitplatte mit der hellgrauen Aufschrift gewehrt: »Es sind die Lebenden, die den Toten die Augen schließen. Es sind die Toten, die den Lebenden die Augen öffnen: Patrick Thürmer, 2. Februar 1982 – 3. Oktober 1999, Opfer rechter Gewalt«. Seit 2015 erinnert die Platte nun in der Nähe des Mahnmals für die Opfer des Faschismus in der als Geburtsort von Karl May bekannten 15.000-Einwohner-Kommune Hohenstein-Ernstthal an den 17-Jährigen, der in der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1999 von drei Neonaziskins aus dem HoNaRa-Netzwerk zwischen Chemnitz und Zwickau ermordet wurde. Der Haupttäter: ein Neonazi mit engsten Verbindungen zum HoNaRa-Gründer Thomas Haller und zum langjährigen V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Ralf Marschner alias »Primus«. Dessen Rolle im Unterstützernetzwerk des NSU-Kerntrios und beim Tod von Patrick Thürmer war ein zentrales Thema des zweiten NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestages und umfasst mehrere Hundert Seiten in dessen Abschlussbericht (vgl. Abschlussbericht des 2. NSU-Untersuchungsausschusses im Bundestag, BT-Drs. 18/12950: 340 – 494, 1104 – 1191, 1192 – 1310).

Der zarte, lediglich 1,56 Meter große Jugendliche war zusammen mit einem Freund in der Nacht zum 3. Oktober 1999 auf dem Nachhauseweg von einem Punkfestival in Hohenstein-Ernstthal bei Chemnitz. Plötzlich bemerkten die beiden einen blauen Kleintransporter. »Da ist einer«, rief einer der drei Männer, die aus dem Auto heraussprangen und sich auf den 17-jährigen Patrick und seinen Freund stürzten. Mit einem Axtstiel, einem Hammer und einem Billardqueue prügelten die über 1,80 großen und zwischen 80 und 90 kg schweren Neonaziskins auf den schwächlichen 17-Jährigen ein. Patrick Thürmer erlitt dabei schwerste Kopfverletzungen und Brüche und Prellungen am ganzen Körper. Gegen 7.30 Uhr morgens fanden ihn Passant*innen blutüberströmt auf dem Boden liegend vor einem Bauernhof in Oberlungwitz, einem

kleinen Ort unweit von Hohenstein-Ernstthal. Wenige Stunden später starb der Malerlehrling im Zwickauer Krankenhaus.²

Während die überregionale Öffentlichkeit kaum Notiz von dem tödlichen Angriff auf den Punk nahm, wurden in der Region die Ereignisse dieser Nacht und die nachfolgenden Proteste linker Jugendlicher breit diskutiert: Vor allem die Regionalmedien und politisch Verantwortlichen machten massiv Stimmung gegen die Jugendlichen aus der Punkszene, die auf den Tod ihres Freundes mit wütenden Demonstrationen reagierten. Dabei verschwiegen sowohl die Lokalzeitungen als auch Kommunalpolitiker lange Zeit, dass der Ausgangspunkt für die tödliche Hetzjagd auf Patrick Thürmer ein Angriff von mehr als 50 Naziskins auf das zweite »99er Punkfestival« im alternativen Jugendhaus »Off Is« in Hohenstein-Ernstthal gewesen war. Notrufe von Festivalbesucher*innen und mindestens drei verletzte Punks führten allerdings zu keinerlei erkennbaren polizeilichen Maßnahmen. Gegen Mitternacht entschlossen sich dann rund 30 Punks zu einem Besuch der bei rechten Hooligans und Neonazis beliebten nahe gelegenen Discothek »La Belle«, wo sie die Angreifer auf ihr Festival vermuteten. In der Discothek würden »sehr viele Besucher kurze Haare haben«, räumte nach dem Tod von Patrick Thürmer auch ein Polizeipressesprecher ein. Polizeieinheiten, die die Hilferufe der Punks ignoriert hatten, reagierten nun auf einen Notruf des Discobetreibers. Allerdings hatten zuvor schon die Türsteher der »La Belle« die Punks vertrieben. Dennoch nahmen Polizeibeamt*innen elf Punks wegen Landfriedensbruchs fest und kontrollierten die Personalien nahezu aller Besucher*innen des Jugendhauses.³ Im Laufe der Nacht reagierte dann auch das von dem langjährigen Neonazi Thomas Haller aufgebaute »HoNaRa«-Netzwerk aus Chemnitz auf die Anrufe aus dem »La Belle«. Mehr als ein Dutzend Naziskins und rechte Türsteher aus Zwickau, Chemnitz und kleineren Orten der Umgebung fanden sich innerhalb weniger Stunden in Autos vor Ort ein, um Jagd auf Punks zu machen.

2 Vgl. Weller, Andreas (1999): Punker (17) nach Festival erschlagen, in: Chemnitzer Morgenpost vom 04.10.1999 sowie: Bild Chemnitz (1999): Rache für Disko-Überfall. Punker (17) totgeprügelt, in: Bild Chemnitz vom 04.10.1999.

3 Vgl. Hübner, Ulrich/Wagner, Manuela (1999): https://www.terz.org/texte/texte_11_99/Ja_gdszenen.html [08.05.2021].

Ein »Denkzettel« gegen »Linke«: tödliche Gewalt als Botschaft und Bestrafung

Patrick Thürmer, der erst Wochen vor seinem Tod den lang ersehnten Ausbildungsplatz als Maler und Lackierer erhalten hatte, starb »stellvertretend für jene Linken«, die an dem Angriff auf die Discothek beteiligt gewesen seien, stellte das Landgericht Chemnitz im September 2000 im Prozess gegen drei Angeklagte im Alter von 21 bis 24 Jahren aus Zwickau und Niederlungwitz fest.⁴ Dennoch benannte die Jugendkammer des Landgerichts Chemnitz in ihrem Urteil vom März 2001 keinen rechtsextremen Hintergrund für den gewaltsamen Tod von Patrick Thürmer (Kleffner 2017). Der 23-jährige Haupttäter wurde wegen Totschlags zu elf Jahren Haft verurteilt, sein 21-jähriger Mittäter erhielt eine achtjährige Jugendstrafe. Bei dem 24-jährigen Angeklagten ging das Gericht davon aus, dass er nicht selbst zugeschlagen hatte und verurteilte ihn wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit Todesfolge zu vierinhalb Jahren Haft. Die Täter hatten behauptet, sie hätten den Punks lediglich »einen Denkzettel« verpassen wollen, und eine Zugehörigkeit zur rechts-extremen Szene bestritten.⁵ Dabei waren es Ermittlungen der Sonderkommission Rechtsextremismus (Soko Rex) in der Mischszene von organisierten Naziskins, Türstehern und rechten Hooligans gewesen, die an Weihnachten 1999 überhaupt erst zur Festnahme der Täter geführt hatten. Mitten in den Ermittlungen, zunächst als Beschuldigter und dann als Zeuge: V-Mann und Neonazi Ralf Marschner, der wenige Tage nach dem Tod von Patrick Thürmer von einem anonymen Anrufer als Tatbeteiligter gegenüber der Polizei genannt wurde. Nachdem Marschner sich in einer Zeugenvernehmung auf eine One-Night-Affäre als Alibizeugin berief, stellte sich im Zuge der weiteren Ermittlungen heraus, dass der damals weit über Zwickau hinaus im Blood&Honour-Netzwerk aktive und für seine Brutalität, seine endlose Liste an Vorstrafen sowie guten Kontakte zur Scientology-Sekte und den Behörden bekannte Endzwanziger den Haupttäter schon Stunden nach dem Tod von Patrick Thürmer telefonisch gewarnt hatte. Die Polizei suche dessen auffälliges Auto, er solle es deshalb abkleben und dessen Äußeres verändern, befahl Marschner (vgl. 2. NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages 20XX: 369-375f.). Das LKA

4 Vgl. Deutsche Presseagentur (2000): Hohe Haftstrafen nach Tod eines Punks, in: DPA-Meldung vom 08.09.2000.

5 Vgl. Associated Press (2000): Prozess gegen drei Schläger wegen Tod eines Punkers, in: AP-Meldung vom 30.08.2000.

Sachsen leitete daraufhin ein Ermittlungsverfahren wegen Strafvereitelung ein, das – wie ein Dutzend weitere Ermittlungsverfahren gegen Marschner auch – ergebnislos endete. Der NSU-Untersuchungsausschuss, der die Akten zur Rolle des V-Mannes beim tödlichen Angriff auf Patrick Thürmer sowohl beim Freistaat Sachsen als auch vom Bundesamt für Verfassungsschutz angefordert hatte, wo Marschner zehn Jahre lang als V-Mann geführt wurde, erhielt dazu nur eingeschränkt Akteneinsicht. Auch im Fall von Patrick Thürmer setzte sich ein Muster von verschwundenen Akten und eingestellten Ermittlungsverfahren fort: Erst durch die Recherchen des Autors Dirk Laabs zu Marschners Bauservice und dessen Unterstützung für das NSU-Kerntrio⁶ gelang es dem zweiten NSU-Untersuchungsausschuss knapp fünf Jahre nach der NSU-Selbstenttarnung, überhaupt einen relevanten Anteil von Akten und Zeug*innen zu Ralf Marschner und dessen Bedeutung für das NSU-Netzwerk vom Bundesamt für Verfassungsschutz und den sächsischen Strafverfolgungsbehörden und Ämtern zu erhalten. Am Ende, das lässt sich wörtlich im Abschlussbericht des 2. NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages nachlesen, fiel das Votum der Obleute aller Fraktionen zu Marschners Rolle als Unterstützer des NSU-Kerntrios einhellig aus:

»Dem Ausschuss liegen aufgrund der Akten zahlreiche durchaus glaubhafte Aussagen vor, die auf ein Kennverhältnis zwischen Marschner einerseits und Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe andererseits hinweisen. Der Ausschuss hat zudem keine Zweifel an der persönlichen Glaubwürdigkeit der diesbezüglich vernommenen Zeugen (...). Der Untersuchungsausschuss geht davon aus, dass Marschner Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe kannte.« (2. NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages 2017: 369-275f.)⁷

Schwerer noch als der Vorwurf der Unterstützung des NSU-Kerntrios durch zeitweilige Anstellung in seinen Läden bzw. im Marschner Bauservice in Zwickau wiegt jedoch die bis heute nicht dementierte Annahme, dass die Anmietung von drei Mietfahrzeugen durch Marschner zum jeweiligen Tatzeitpunkt der Ermordung von Abdurrahim Özüdoğru am 13. Juni 2001 in Nürnberg, Süleyman Taşköprü am 27. Juni 2001 in Hamburg und an Habil Kılıç am

6 Vgl. Die Welt (2017): <https://www.welt.de/politik/deutschland/article163970309/Spuren-die-keine-sein-duerfen.html> [08.05.2021].

7 Siehe den gemeinsamen Bewertungsteil, Abschnitt A Kennverhältnisse zwischen M., Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos, Beate Zschäpe sowie mutmaßlichen Unterstützern der Terrorgruppe »NSU«, S. 1115ff.

29. August 2001 im Zusammenhang mit der rassistischen Mordserie standen (vgl. ebd.). Denn anders als bei den beiden Sprengstoffanschlägen des NSU-Netzwerks in Köln und den sieben weiteren Mordtaten, existieren für die rassistischen Morde des NSU-Netzwerks im Jahr 2001 (als Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt nach Aussagen von Arbeitskollegen und dem damaligen Bauleiter für den Marschner Bauservice in dessen Abrisskolonne bundesweit tätig waren) keine Autoanmietungen unter den bekannten Alias-Namen von Mundlos und Böhnhardt.

Wie sehr der Tod von Patrick Thürmer, jüngster Sohn einer alleinerziehenden Mutter aus Chemnitz, die alternative und nichtrechte Jugendszene in der Region geprägt hat, wurde auch an dessen zehnten Todestag im Oktober 2009 deutlich: Rund 250 linke Jugendliche kamen zu einer Gedenkdemo nach Hohenstein-Ernstthal. Sie forderten von der Lokalpolitik, einen Gedenkstein für Patrick Thürmer zu errichten und die nach wie vor massiv präsen- te Neonazi-Szene in der Region endlich ernst zu nehmen. »Er stand noch am Anfang seines Lebens und hatte noch viele Wünsche und Träume«, sagte Patrick Thürmers Schwester damals. Ihren traumatischen Verlust beschrieb sie auch in einem Gedicht für den jüngeren Bruder: »Immer wieder quälende Fragen: Wie ist es dort in deiner Welt, ist jemand dort, der zu Dir hält? Fragen: Was hast du alles durchgemacht in deiner allerletzten Nacht?«⁸ Die Trauer um ihn könne »auch am zehnten Jahrestag seines Todes von Angehörigen und Freunden noch nicht bewältigt werden«. Und an den langjährigen Oberbürgermeister von Hohenstein-Ernstthal, Erich Homilius, gerichtet, fügte die junge Frau hinzu: Die Tatsache, dass dieser mit »allen Mitteln« die Errichtung des Gedenksteins verhindert habe, stoße bei den Angehörigen »auf Unverständnis«. Schließlich solle das Mahnmal doch an Patrick Thürmer erinnern und »gegen menschenverachtende Ideologien in der Gesellschaft stehen«.⁹

»Ablenken, Dämonisieren und Diskreditieren« – mit diesen Stichworten beschrieben wütende Freund*innen des Ermordeten und antifaschistische Aktivist*innen die Blockade-Strategie des von 1994 bis 2012 amtierenden Oberbürgermeisters Homilius, der öffentlich bezweifelte, dass es sich bei den Tätern um Neonazis gehandelt hatte, und der damaligen CDU-

8 Vgl. <http://02okt1999.blogspot.de/images/gedicht.jpg>[08.05.2021].

9 Siehe den Redebeitrag der Schwester von Patrick Thürmer unter: http://02okt1999.blogspot.de/images/redebeitrag_schwester_1.jpg[08.05.2021].

Stadtratsmehrheit.¹⁰ Erst nachdem im Nachgang zur Selbstenttarnung des NSU-Kerntrios im November 2011 auch im Freistaat Sachsen eine Überprüfung von sogenannten »Altfällen« rechter Gewalt durch eine Anhörung vor dem Innenausschuss des Landtags und das Landeskriminalamt dazu führte, dass Patrick Thürmer zwölf Jahre nach seinem Tod auch durch das sächsische Innenministerium offiziell als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt wurde, bröckelte die Mauer der Abwehr vor Ort. Schließlich konnte zum 27. Januar 2015 dann tatsächlich die oben zitierte Gedenktafel für Patrick Thürmer im Stadtzentrum von Hohenstein-Ernstthal errichtet werden.¹¹

Dennoch: Wie wirksam und nachhaltig die Dämonisierung von linken und nichtrechten Jugendkulturen in einer Stadt und deren Umgebung ist, in der bei den Landtagswahlen 2019 ein Viertel der Wähler*innen für die AfD stimmten, deren prominentester Stadtrat über Jahre Kontakte zu den inzwischen verbotenen Nationalen Sozialisten Chemnitz hatte,¹² zeigte sich am 20. Todestag von Patrick Thürmer am 3. Oktober 2019. Den antifaschistischen Aktivist*innen des Bündnisses Chemnitz Nazifrei gelang es trotz langer Suche nicht, einen Raum für eine Gedenk-Lesung vor Ort zu erhalten:

»Für die Ausstellung und die Lesung wurde händeringend in der Stadt Hohenstein-Ernstthal eine Räumlichkeit gesucht. Dafür wurden über 15 Orte städtischer, öffentlicher und privater Träger angefragt. Diesbezüglich sind Mitwirkende unseres Bündnisses mehrfach nach Hohenstein-Ernstthal gefahren, um persönlich mit Menschen zu reden, viele Mails wurden geschrieben und viele Telefonate geführt. Dennoch sagten alle möglichen Veranstaltungsflächen ab – teilweise unter fadenscheinigen Ausreden, teilweise ganz offen auf Grund der angeblichen politischen Brisanz. Städtische und öffentliche Räumlichkeiten behaupteten, keine politischen Veranstaltungen durchführen zu wollen/dürfen. Dennoch fanden in diesen Räumlichkeiten in der Vergangenheit beispielsweise Veranstaltungen der AfD statt.«

10 Siehe Bündnis (2009): <http://02okt1999.blogspot.de/2009/09/25/stadt-hohenstein-e-v-erhindert-denkmal-fuer-opfer-von-rechter-gewalt/> [08.05.2021].

11 Vgl. die Rede der Opferberatung der RAA Sachsen anlässlich der Einweihung der Gedenktafel, zum Nachlesen unter: <https://www.raa-sachsen.de/index.php/news-beitrag/rede-der-opferberatung-fuer-betroffene-rechtsmotivierter-und-rassistischer-gewalt-des-raa-sachsen-ev-zur-einweihung-der-ge-denka.html> [08.05.2021].

12 Kiwitter, Erik (2021): <https://www.freipresse.de/zwickau/zwickau/hatte-afd-kreisrat-kontakte-in-die-neonazi-szene-artikel11360713> [08.05.2021].

Das Bündnis verlegte die Lesung daraufhin notgedrungen nach Chemnitz.¹³ Ganz anders hingegen die öffentliche Gedenkkultur nach dem krankheitsbedingten Tod des langjährigen »HoNaRa«-Chefs Thomas Haller im März 2019: Der Regionalligaverein Chemnitzer FC gedachte des Neonazis, zeitweiligen Stadion-Security-Chefs und politischen Ziehvaters der Tatbeteiligten an der tödlichen Misshandlung von Patrick Thürmer mit einer Schweigeminute, Pyrotechnik und dem Einblenden seines Fotos mitsamt eines schwarzen Trauerflors auf der Leinwand.¹⁴

Ein Vierteljahrhundert Auseinandersetzung um Anerkennung im kollektiven Gedächtnis einer bayerischen Kleinstadt

In Amberg, einer 40.000 Einwohnerstadt in der Oberpfalz, ist seit dem Spätsommer 2020 ein bunter Wegweiser am Ufer der Vils mit Pfeilen im freundlichen Grün, strahlenden Zartrosa, hellem Gelb, Lila und Blau zu sehen, auf denen die Schlagworte »Menschlichkeit, Respekt, Hilfsbereitschaft, Toleranz, Empathie, Gemeinschaft« zu lesen sind. Auswärtige Wanderer*innen lässt dies ratlos zurück. Dabei sollte – wenn es nach dem Amberger Bündnis gegen das Vergessen¹⁵ ginge – an dieser Stelle am Vilssteg schon seit 2010 eine schlichte silberne Platte mit der Aufschrift: »In Gedenken an Klaus Peter Beer – Opfer faschistischer Gewalt – 7.9.1995« alle Bewohner*innen und Besucher*innen an einen rechtsextremen Mord aus homophoben Motiven erinnern. Doch Neonazis aus dem Umfeld des mittlerweile verbotenen Freien Netz Süd entfernten die Platte, die ein antifaschistisches Bündnis und der ver.di-Bezirksvorsitzende anlässlich des 15. Todestags von Klaus Peter Beer am Vilssteg angebracht und symbolisch der Stadt überreicht hatten. Zuvor hatten die Neonazis bereits die Gedenkveranstaltung gestört. Die Stadtverwaltung ließ damals erklären, in Amberg gebe es kein Problem mit Neonazis und das Gedenken an eine einzige tödliche Gewalttat schädige das Image der

13 Siehe den offenen Brief des Bündnisses unter: <https://www.facebook.com/buendnis.frieden.toleranz/photos/a.567392356625769/2626503980714586/?type=3&theater> [08.05.2021].

14 Vgl. Cáceres, Javier (2019): <https://www.sueddeutsche.de/sport/chemnitzer-fc-thomas-haller-neonazi-1.4361983> [08.05.2021].

15 Siehe die Facebook-Seite des Amberger Bündnisses gegen das Vergessen: <https://www.facebook.com/pg/buendnisgegendasvergessen/> [08.05.2021].

Stadt.¹⁶ Wenige Wochen, nachdem die Stadtverwaltung Amberg zehn Jahre später stillschweigend den bunten »Wegweiser der Demokratie« in 2020 am Ufer der Vils angebracht hatte, erinnerte das Amberger Bündnis gegen das Vergessen am 25. Jahrestag der Ermordung des 48-jährigen Busfahrers Klaus Peter Beer auf dem Marktplatz der Stadt im September 2020 daran, dass ein namenloser Wegweiser keine angemessene Form des Gedenkens darstelle:

»Konkret fordern wir ein offizielles würdiges Gedenken seitens der Stadt Amberg am Todestag Klaus Peter Beers, die Umbenennung des Multifunktionsplatzes am Amberger Bahnhof in »Klaus Peter Beer Platz«, die Anbringung einer Gedenktafel am Vilssteg, und die öffentliche Auseinandersetzung der Stadt und der Polizei mit über Jahrzehnten aktiven extrem rechten Gruppierungen in Amberg!«

Rund 300 Menschen machten pandemiekonform mit Masken, Abstand und bunten Transparenten mit Botschaften wie »Den rechten Terror stoppen«, »Gegen Verdrängung und Verharmlosung« die Forderungen des Bündnisses weithin sichtbar.

Ein Jahr später, wenige Monate vor dem 26. Jahrestag, scheint das Bündnis in der Stadt endlich Gehör gefunden zu haben. Nachdem der CSU-geführte Stadtrat im November 2020 erstmals einen entsprechenden Antrag auf Anbringung einer Gedenktafel nicht ablehnte, will die Stadt Amberg nun im Sommer 2021 eine Tafel mit dem Namen und den Hintergründen des gewaltsamen Todes von Klaus Peter Beer anbringen lassen. Stefan Dietl, der 2003 als antifaschistisch engagierter Teenager gemeinsam mit gleichaltrigen Freund*innen erstmals eine Gedenkveranstaltung an Klaus Peter Beer organisiert hatte, sagt heute, der Kampf gegen das Verdrängen und die Verharmlosung rechter Gewalt und Homophobie, der sich in der zwei Jahrzehnte währenden Auseinandersetzung um das Gedenken an Klaus Peter Beer in Amberg spiegele, sei damit nicht beendet: Denn nun gelte es auch, die Kontinuitäten neonazistischer Netzwerke in der Opferpfalz und die Verbindungen der Täter im Mordfall Klaus Peter Beer zum Netzwerk des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) sichtbarer zu machen. Denn einer der beiden Täter, der damals 21-jährige Richard L., war schon zum

16 Vgl. die Broschüre »Die braune Perle der Oberpfalz« sowie Bothner, Michael (2020): <https://www.regensburg-digital.de/amberger-buendnis-fordert-offizielles-gedenken-an-neonazi-opfer/08092020/> [08.05.2021].

Tatzeitpunkt ein polizeibekannter Neonazi. Dass Ambergs Polizeipräsidenten über Jahrzehnte wider besseres Wissen behaupteten, in der Stadt gebe es keine Neonaziszene, belegen nicht nur die Chroniken antifaschistischer Initiativen über brutale rassistische Angriffe und neonazistische Überfälle auf politische Gegner*innen, sondern auch offizielle Dokumente, die dem bayerischen NSU-Untersuchungsausschuss und dem Bundestagsuntersuchungsausschuss durch das Innenministerium des Freistaats Bayern übermittelt wurden. In einer vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz in den 1990er-Jahren jährlich herausgegebenen Broschüre mit dem Titel »Darstellung und Bewertung der im Jahre 1997 in Bayern bekannt gewordenen Skinhead-Szenen« werden 40 Neonaziskinheads aus Amberg und Umgebung namentlich aufgeführt: Mittendrin in dieser Liste findet sich auch Richard L., der sich zu diesem Zeitpunkt bereits in Untersuchungshaft für den Mord an Klaus Peter Beer befand, sowie eine Reihe bekannter Neonazis aus dem NSU-Netzwerk, darunter etwa Matthias Fischer von der mittlerweile ebenfalls verbotenen Fränkischen Aktionsfront aus Nürnberg.¹⁷ Wie stark Richard L., der schon als Jugendlicher in Amberg und Umgebung in den frühen 1990er-Jahren an Aufmärschen der militanten Nationalistischen Front (NF) teilgenommen hatte, in der Naziskinheadszenen eingebunden war, zeigte sich schon in den beiden Hauptverhandlungen um den gewaltsamen Tod von Klaus Peter Beer, 1997 vor der Jugendkammer des Landgerichts Amberg und dann im Revisionsprozess 1998. Gegenüber dem Amberger Bündnis gegen das Vergessen erinnerten sich Prozessbeobachter*innen noch Jahre später an das »Klima der Angst«, das von den Neonazi-Freunden der beiden Angeklagten im Prozess verbreitet wurde:

»Mehrere Zeugen wollten aufgrund von Drohungen aus der rechten Szene nur unter Ausschluss der Angeklagten aussagen. Einem Reporter von Radio Ramasuri wurde von Neonazis aus den Zuschauerreihen gedroht, dass er als nächstes dran wäre. Der Vorsitzende Richter der Revisionsverhandlung sprach von einem »Klima der Angst und des Terrors, unter dem der Prozess stattfand.«

17 Vgl. BT-Drs. 17/14600 zur Bedeutung der sogenannten »Skinhead-Broschüre« des Landesamts für Verfassungsschutz Bayern im Kontext der Ermittlungen zur rassistischen NSU-Mordserie.

In der Revisionsverhandlung vor dem Oberlandesgericht Nürnberg betonte der Vorsitzende Richter in der mündlichen Urteilsverkündung im April 1998 auch das neonazistische Motiv für den Mord an Klaus Peter Beer:

»Die Angeklagten maßten sich an, einen Menschen hinzurichten, alleine weil er sexuell nicht so empfand wie sie [...]. Die Scheußlichkeit und Menschenverachtung der Tat erinnerten an die düstersten Zeiten der deutschen Geschichte.«

Zudem machte der Vorsitzende Richter deutlich, dass das Revisionsgericht zwar wegen des Verbots der Schlechterstellung das Urteil der Vorinstanz wegen Totschlags berücksichtigen müsse und Richard L. und seinen Mittäter daher auch lediglich wegen Totschlags zu Haftstrafen von zwölf und acht Jahren verurteilen könne. Das Gericht sehe aber in der Heimtücke, mit der Richard L. und sein Mittäter den ahnungslosen Klaus Peter Beer nach einer Zufallsbegegnung in einer Amberger Kneipe am Abend des 6. September 1995 verfolgt, brutal zusammengeschlagen und den bewusstlosen Busfahrer dann ans Ufer der Vils gezerrt hatten, wo sie den leblosen Körper in den Fluss warfen, eindeutige Mordmerkmale – zumal die beiden Angeklagten dann gegenüber der Polizei angegeben hatten, sie hätten Klaus Peter Beer wegen seiner »Homosexualität bestrafen« wollen. »Über der Tat und der Hauptverhandlung« habe »der Geist des Terrors« gelegen, so der Vorsitzende Richter.

Für Richard L. war der mörderische Angriff auf Klaus Peter Beer die Eintrittskarte in die bundesweiten militanten Neonazistrukturen. Nachdem er am 29. April 1998 in zweiter Instanz wegen Totschlags zu zwölf Jahren Haft verurteilt worden war, unterstützten den damals 24-jährigen »inhaftierter Nationalisten« in der JVA Straubing (Bayern) Aktivist*innen der erst seit 2011 verbotene Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG) e.V. mit Briefen und neonazistischen Propagandamaterial. Eine derjenigen, die durch die HNG den Kontakt zu Richard L. aufnahm, war Mandy Struck. Sie verschaffte als sächsische Blood&Honour-Aktivistin dem NSU-Kerntrio nach seiner Flucht vor der Festnahme im Februar 1998 in Chemnitz bei ihrem damaligen Freund eine erste Unterkunft in der Illegalität. Die Bundesanwaltschaft ermittelt seit der Selbstenttarnung des NSU-Kerntrios im November 2011 gegen sie wegen »Unterstützung einer terroristischen Vereinigung« nach §129a StGB. Im ersten NSU-Prozess am Oberlandesgericht München bestätigte Mandy Struck in zwei Aussagen ihre über mehr als ein Jahrzehnt währende Kommunikation mit Richard L. Dieser habe sie auch nach seiner Haftentlassung in ihrem Wohnort in Schwarzenberg (Thü-

ringen) besucht. Den Kontakt habe sie erst im Jahr 2013 verloren (NSU Watch 2014a).

Die Einbindung von Richard L. während seiner Haftzeit in strategische Diskussionen der Blood&Honour-Bewegung und dessen Bekenntnis zur Ideologie der »White Supremacy« zeigt sich u.a. in einem Artikel, den er gemeinsam mit Mandy Struck im Jahr 2001 in dem Heft »Landser« der Fränkischen Aktionsfront (FAF) veröffentlichte. »Der Landser« galt bundesweit als Sprachrohr der Blood&Honour-Bewegung und rief – während der NSU seinen ersten Sprengstoffanschlag im Café Sonnenschein in Nürnberg verübte und dann die drei rassistischen Morde in Nürnberg beging – offen zur Gründung von militanten Neonazi-Zellen auf. In dem Artikel von Richard L. und Mandy Struck für das Heft Nr. 8 des »Landser« erklärten die beiden Neonazis ihre militante Feindschaft gegen den Rechtsstaat und die Demokratie und riefen die Neonazibewegung dazu auf, interne Streitigkeiten beizulegen: »Der Nationale Widerstand ordnet sich dem herrschenden System nicht in irgendeiner Richtung zu, sondern steht ihm frontal gegenüber und dieser soll alle in unserer Nation umfassen, die reinen Blutes sind.«¹⁸ In ihren Vernehmungen vor dem Oberlandesgericht München im Jahr 2014 wurde Mandy Struck ausführlich zur Entstehungsgeschichte des Artikels befragt und machte dessen Intention deutlich: Zu diesem Zeitpunkt habe es innerhalb der Neonaziszene viele Spaltungen und Verdächtigungen gegeben. Richard L. habe sie dann aufgefordert, statt darüber »zu meckern«, solle sie etwas dagegen tun. Sie habe daraufhin gemeinsam mit Richard L. den Text als Aufruf zur Einheit verfasst – der Halbsatz »die reinen Bluts sind« sei von Richard L. hinzugefügt worden (NSU Watch 2014a, 2014b).

Kollektive Abwehr von Erinnerung und Anerkennung

Während Richard L. aus der Haft heraus die Einheit der Neonazibewegung im Kampf gegen »das herrschende System« beschwor, gerieten der mörderische Angriff auf Klaus Peter Beer und die Erinnerung an ihn in seiner Heimatstadt Amberg nach dem Prozessende schnell in Vergessenheit. »Zur Jahrtausendwende herrschten in der Stadt und Region definitiv eine Politik der Verharmlosung und der Ignoranz gegenüber den mörderischen Aktivitäten von organisierten Neonazis«, sagt Stefan Dietl. Das sei schon in der Verleugnung

18 Zitiert aus: Der Landser, Nr. 8 (2001), S. 14 in: Sanders (2014).

des rassistischen Motivs nach dem neonazistischen Brandanschlag im nahen Schwandorf auf ein Mehrfamilienhaus am 17. Dezember 1988 durch einen Aktivist der Nationalistischen Front deutlich geworden. Das Ehepaar Osman und Fatma Can, deren 12-jähriger Sohn Mehmet und der 47-jährige Jürgen Hübener starben damals, ein Dutzend weitere Hausbewohner*innen erlitten schwerste Verletzungen. Obwohl der geständige Täter aussagte, er habe mit dem Anschlag »Türken ärgern« wollen und aus seiner Zugehörigkeit zur Neonaziszene keinen Hehl machte, dauerte es bis zum Jahr 2007, bis die Stadt im offiziellen Gedenken auch das Motiv erwähnte.¹⁹

Auch die Reaktionen auf die erste Kundgebung im Jahr 2003 in Amberg zum achten Jahrestag der Ermordung von Klaus Peter Beer seien von »Abwehr, Angst vor einem Imageverlust für die Stadt und Ignoranz« geprägt gewesen, sagt Stefan Dietl. Im Mittelpunkt des langen Kampfes um die Erinnerung und das Gedenken habe vor allem die Würdigung von Klaus Peter Beer als Person gestanden. Der hatte als junger Schwuler die konservative Enge der Kleinstadt Amberg bei Nürnberg schon Mitte der 1960er-Jahre verlassen, wo bis zum Ende der 1980er-Jahre Katholik*innen knapp 80 Prozent der Bevölkerung stellten. Durch einen Umzug ins liberalere Hessen hoffte der junge Auszubildende, dem Verfolgungsdruck des §175 Strafgesetzbuch zu entkommen, mit dem homosexuelle Handlungen unter Strafe gestellt waren und Zehntausende Männer in der Bundesrepublik kriminalisiert wurden (LSVD o.J.). Gänzlich aus dem Strafgesetzbuch gestrichen wurde der »Schandparagraf« erst im Juli 1994 – ein knappes Jahr vor dem Mord an Klaus-Peter Beer. Dessen lebenslangen Kampf gegen Homophobie und für ein selbstbestimmtes, freies Leben zeichnet der sehenswerte 45-minütige Dokumentarfilm »Tödliche Begegnung« der Filmemacherin Gabriele Jenk nach, der im Jahr 2001 im Rahmen der ARD-Themenwoche »Toleranz« ausgestrahlt wurde und dank des Amberger Bündnisses schließlich 19 Jahre später – im Jahr 2020 – erstmals auch in der Heimatstadt von Klaus Peter Beer gezeigt wurde. Der Film, so hofft Stefan Dietl nach dem positiven Stadtratsbeschluss im November 2020, könne bald auch in Amberger Schulen gezeigt werden, »damit niemand mehr bei Homophobie und Neonazigewalt wegsieht und Klaus Peter Beer einen Platz im kollektiven Gedächtnis der Stadt erhält«. Auch dass das bayerische Innenministerium im Frühjahr 2021 ein Vierteljahrhundert nach

19 Vgl. Kleikamp, Antonia (2018): <https://www.welt.de/geschichte/article185629148/Auslaenderhass-Der-Moerder-lief-mit-Baseballschlaeger-durch-den-Ort.html> [08.05.2021].

der Tat Klaus Peter Beer endlich offiziell als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt hat, wertet das Amberger Bündnis gegen das Vergessen als weiteren wichtigen Erfolg jahrzehntelanger antifaschistischer Arbeit.²⁰

Kein Ende in Sicht

Andernorts dauert der Kampf um das öffentliche Gedenken und eine angemessene Strafverfolgung der tödlichen Dimension rassistischer Gewalt der »Generation Hoyerswerda« (Kleffner/Spangenberg 2016) weiter an, beispielsweise in Saarlouis. In der zweitgrößten Stadt des Saarlandes starb bei einem neonazistischen Brandanschlag der 31-jährige Samuel Kofi Yeboah, der nach einem Militärputsch in Ghana nach Deutschland geflohen und Asyl beantragt hatte.²¹ Wenige Tage nach dem rassistischen Pogrom in Hoyerswerda, das von Neonazis bundesweit als Fanal für einen militanten Kampf um »ausländerfreie« Städte begriffen wurde, verschütteten Neonazis in den frühen Morgenstunden des 19. September 1991 Brandbeschleuniger im hölzernen Treppenhaus der Flüchtlingsunterkunft, in der Samuel Kofi Yeboah und 18 weitere Menschen schliefen. Feuer und Rauch versperrten jegliche Fluchtwege. Noch heute, sagen einige der Überlebenden, erinnern sie sich an die verzweifelten Hilferufe von Samuel Kofi Yeboah. Während antirassistische und antifaschistische Aktivist*innen schon unmittelbar nach dem mörderischen Brandanschlag konkrete Namen von überregional in der Hammerskin-Bewegung aktiven Neonazis aus Saarlouis als mögliche Täter veröffentlichten, taten Ermittlungsbehörden und die Stadtverwaltung von Saarlouis vieles, um deren Strafverfolgung zu blockieren und das Gedenken zu kriminalisieren. Als ein breites Bündnis in Gedenken an Samuel Kofi Yeboah zum zehnten Jahrestag des Brandanschlags im September 2001 in einer öffentlichen Erinnerungsaktion einen Gedenkstein am Rathaus der Stadt anbrachte, stellte der damalige Oberbürgermeister Strafanzeige wegen gemeinschaftlicher Sachbeschädigung. Das Amtsgericht Saarlouis erließ daraufhin gegen

20 Vgl. ONetz (2021): https://www.onetz.de/oberpfalz/amberg/klaus-peter-beer-offiziell-opfer-rechtsmotivierter-gewalt-erfasst-id3209613.html?utm_medium=Social&utm_source=Facebook#Echobox=1617797324 [08.05.2021].

21 Vgl. die ausführliche Dokumentation der Antifa Saar: <https://antifa-saar.org/samuel-yeboah/> [08.05.2021].

den Anmelder der Gedenkaktion wegen des Vorwurfs, »rechtswidrig öffentliche Denkmäler beschädigt oder zerstört zu haben«, einen Strafbefehl mit einer Geldstrafe von 1.200 €. Nachdem der Anmelder Widerspruch einlegte, folgte ein jahrelanges juristisches Tauziehen, das erst im Jahr 2006 mit einer Einstellung des Verfahrens durch das Amtsgericht Saarlouis endete.²² Weit weniger Nachdruck bewiesen die Strafverfolgungsbehörden bei der Suche nach den Tätern des mörderischen Brandanschlags. Das änderte sich erst 30 Jahre nach dem Mord an Samuel Kofi Yeboah und dem versuchten Mord an 18 weiteren Hausbewohner*innen, als die Generalbundesanwaltschaft 2020 in Karlsruhe die Ermittlungen an sich zog, das Verfahren neu eröffnete und die Wohnungen von fünf mutmaßlichen Tatbeteiligten aus der Neonaziszene durchsuchen ließ.²³ Während die Überlebenden nun erstmals eine vage Hoffnung haben, dass sich die Täter doch noch vor Gericht verantworten müssen, erinnert in Saarlouis noch immer keine offizielle Gedenktafel an Samuel Kofi Yeboah. Doch der Flüchtlingsrat Saarland und antifaschistische Gruppen haben deutlich gemacht, dass sie in dem drei Jahrzehnte während Kampf um Aufklärung, Erinnerung, Gerechtigkeit und Konsequenzen nicht lockerlassen werden.

Die Forderungen nach Aufklärung, Gerechtigkeit und einem würdigen Gedenken sind vielerorts Ausgangspunkte für Gedenkinitiativen an Todesopfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt der 1980er-, 1990er- und 2000er-Jahre. Oft kommen Kontinuitätslinien des Verdrängens von rechter Gewalt durch Kommunen und Stadtgesellschaft sowie eklatante Ermittlungsfehler, Desinteresse und offene Täter-Opfer-Umkehr durch Strafverfolgungsbehörden hinzu. Dabei orientieren sich die neuen Initiativen im Gedenken an teilweise 30 oder auch 40 Jahre zurückliegende rechtsterroristische Attentate an Überlebenden wie Ibrahim Arslan aus Mölln, dem Tribunal NSU-Komplex auflösen und den solidarischen Bündnissen der Überlebenden der antisemitisch, rassistisch und rechtsterroristisch motivierten Attentate von Halle und Hanau. Ihre Sichtbarkeit und Stärke vor Ort erhalten sie auch durch eine selbstbewusste Generation junger Aktivist*innen, die u. a. von der Black Lives

22 Vgl. Antifa Saar (o.J.): <https://antifa-saar.org/samuel-yeboah-gedenktafel/> [08.05.2021].

23 Vgl. Baumgärtner, Maik/Röbel, Sven/Wiedmann-Schmidt, Wolf (2021): <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/saarland-fahnder-ermitteln-mutmasslichen-taeter-eine-s-rassistischen-brandanschlags-im-jahr-1991-a-8a1758fo-ed24-475a-b451-b84e6fe11403> [08.05.2021].

Matter-Bewegung inspiriert konkrete Veränderungen und Gerechtigkeit einfordert. Damit verbunden ist die Hoffnung, dass die neue Sichtbarkeit der Opfer und die Stimme ihrer Angehörigen und Freund*innen zu einem gesellschaftlichen Perspektivwechsel führen.

Literatur

- BT-Drs. 18/15290 Abschlussbericht des 2. NSU-Untersuchungsausschuss im Bundestag <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/129/1812950.pdf>, 2017.
- Kleffner, Heike (2017): »Die tödliche Dimension rechter Gewalt«, in: Kleffner, Heike/Meisner, Matthias (Hg.), *Unter Sachsen – Zwischen Wut und Willkommen*, Berlin: Ch. Links.
- Beschlussempfehlung und Bericht des 2. NSU-Untersuchungsausschuss im Bundestag, BT-Drs. 18/12950 (Berlin, 2017)
- Kleffner, Heike (2015): »Gesellschaftlicher und staatlicher Umgang mit NSU und rechter Gewalt«, in: Informationsstelle Wissenschaft und Frieden in Zusammenarbeit mit Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus der FH Düsseldorf (FORENA) (Hg.), *Wissenschaft und Frieden Nr. 77/2015* (<https://wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?dossierID=081> [08.05.2021]).
- Kleffner, Heike/Spangenberg, Anna (Hg.) (2016): *Generation Hoyerswerda: Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg*, Berlin: be.bra.
- Laabs, Dirk/Aust, Stefan (2014): *Heimatschutz – Der Staat und die Mordserie des NSU*, München: Pantheon.
- LSVD (o.J.): <https://www.lsvd.de/de/ct/1022-Paragraph-175-StGB-Verbot-vo-n-Homosexualitaet-in-Deutschland> [08.05.2021].
- NSU Watch (2014a): <https://www.nsu-watch.info/2014/03/protokoll-90-verhandlungstag-27-februar-2014/> [08.05.2021].
- NSU Watch (2014b): <https://www.nsu-watch.info/2014/04/protokoll-108-verhandlungstag-28-april-2014/> [08.05.2021].
- Sanders, Eike (2014): <https://www.nsu-watch.info/2012/05/geschlechterverhaeltnisse/> [08.05.2021].